

Zum Dessert eine Prise Antisemitismus

Trump verteidigt Essen mit Kanye West und Nick Fuentes

Von Julia Naue und Magdalena Tröndle

Washington. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat sich für ein gemeinsames Abendessen mit Rapper Kanye West gerechtfertigt, an dem auch der rechtsextreme Nationalist Nick Fuentes teilgenommen haben soll. Er habe Fuentes nicht gekannt, schrieb Trump auf der Plattform Truth Social als Rechtfertigung. Das Essen fand in Trumps Anwesen Mar-a-Lago im US-Bundesstaat Florida am vergangenen Dienstag statt. Berichten zufolge brachte West, der sich mittlerweile Ye nennt, den 24-jährigen Fuentes mit. Beide sind bekannt dafür, antisemitische Parolen zu verbreiten.

Der 76-jährige Trump will nach seiner Niederlage gegen den heutigen Präsidenten Joe Biden im Jahr 2024 noch einmal für die Republikaner als Präsidentschaftskandidat antreten. West (45) hatte ebenfalls angedeutet, nach einer gescheiterten Kandidatur noch einmal ins Rennen gehen zu wollen. Zuletzt postete er auf Twitter Videos mit den Worten „Ye 24“. Der Rapper war einst einer von wenigen Stars, die sich öffentlich für Trump aussprachen. Wegen antisemitischer Äußerungen kündigte der Sportartikelhersteller Adidas die Zusammenarbeit mit ihm vor Kurzem auf.

West veröffentlichte nach dem Abendessen ein Video auf Twitter, in dem er behauptete, Trump sei „beeindruckt“ von Fuentes gewesen. Fuentes verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien und äußert sich regelmäßig rassistisch. Die Anti-Rassismus-Organisation Anti-Defamation League nennt ihn einen „White Supremacist“. „White Supremacy“ beschreibt die Ideologie der Vorherrschaft von Weißen. Der im Netz aktive Veranstaltungsorganisator stellt sich außerdem gegen Frauenrechte und diskriminiert die LGBTQI-Gemeinschaft. Die englische Abkürzung steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-Menschen, queere sowie intergeschlechtliche Menschen.

Trump dementierte nun nicht Fuentes Teilnahme an dem Essen, bestätigte sie aber auch nicht. West habe ihn wegen eines Abendessens angerufen, schrieb er auf Truth Social. „Kurz darauf tauchte er unerwartet mit drei seiner Freunde auf, von denen ich nichts wusste.“ Bei dem Essen seien auch noch andere dabei gewesen. Der Republikaner selbst ist für die



Politische Freunde: Ex-US-Präsident Trump und der Rapper Kanye West. Foto: dpa

Verbreitung von Verschwörungstheorien bekannt. Er hetzt immer wieder gegen Minderheiten.

Das Weiße Haus verurteilte das Treffen: „Intoleranz, Hass und Antisemitismus haben in Amerika absolut keinen Platz – auch nicht in Mar-a-Lago“, sagte der stellvertretende Pressesprecher von US-Präsident Joe Biden, Andrews Bates. Die Leugnung des Holocaust sei „widerwärtig und gefährlich“ und müsse „entschieden verurteilt werden“.

Das Nachrichtenportal „Axios“ schrieb unter Berufung auf eine nicht namentlich genannte Quelle, dass Trump bei dem Dinner von Fuentes „sehr angetan“ gewirkt habe. Die beiden hätten sich über die Präsidentenwahl unterhalten. „Um ehrlich zu sein, glaube ich nicht, dass der Präsident wusste, wer zum Teufel (Fuentes) war“, zitierte „Axios“ die Quelle. Der Sender CNN berichtete ebenfalls, dass Fuentes ein Gast von West gewesen und nicht von Trump eingeladen worden sei.

Mit Blick auf West schrieb Trump: „Wie auch immer, wir kamen gut miteinander aus, er äußerte keinen Antisemitismus.“ Trump fügte hinzu: „Warum sollte ich nicht zustimmen, ihn zu treffen?“ Thema bei dem Essen waren demnach auch Wests Pläne mit Blick auf das Weiße Haus. 2020 hatte sich dieser bereits für das Amt des US-Präsidenten beworben – wegen verpasster Anmeldefristen schaffte er es jedoch in den meisten Staaten nicht auf den Wahlzettel.

West sagte in dem auf Twitter veröffentlichten Video, er habe Trump vorgeschlagen, dass der Ex-Präsident bei der Wahl 2024 als sein Vize antreten könne. Trump habe ihn daraufhin am Tisch angeschrien.



Krieg, Leid, Vertreibung: Kinder zünden in Lwiv Kerzen an, um an den Hunger-Genozid Stalins zu erinnern. Dem Holodomor fielen 1932/33 Millionen Ukrainer zum Opfer. Foto: AFP

Flucht durch ein verwüstetes Land

Einer Ukrainerin gelang es, zwölf Landsleute aus dem besetzten Cherson zu retten – In Heidelberg erzählte sie von ihrer Odyssee

Von Michael Abschlag

Heidelberg. Sie habe sich, sagt die Frau in einem der wenigen heiteren Momente an diesem Abend, manchmal wie James Bond gefühlt. Das ist nicht völlig übertrieben, denn was sie erzählt, ist die Geschichte einer abenteuerlichen Odyssee: Zwölf Ukrainer hat sie aus dem umkämpften Cherson gerettet, über Russland, Georgien und Istanbul bis nach Deutschland gebracht. Dabei ist sie eigentlich Leiterin eines Reisebüros.

An diesem Freitagabend erzählt sie auf Einladung des Asylarbeitskreises im Welthaus Heidelberg von ihren Erlebnissen. Aus Angst vor Anfeindungen – selbst hier in Deutschland – will sie ihren Namen nicht nennen. Deshalb wird sie hier Veronica Lutz genannt.

Lutz selbst hat Wurzeln in beiden Ländern: Ihr Vater ist Deutscher, die Mutter Ukrainerin. Sie selbst kam 2011 nach Deutschland, mit ihrer Tochter, die hier studieren wollte. In der Ukraine hatte Lutz ein Reisebüro, ihr Mann war Universitätsdozent auf der Krim. Auf der Halbinsel kaufte die Familie zudem ein Hotel, lebte in beiden Ländern.

Dann kam, 2013/14, die Maidan-Revolution. Lutz verstand gleich die Bedeu-

tung des Umbruchs: „Mir war sofort klar, dass das der Beginn von etwas Größerem ist“, sagt sie. Nicht unbedingt von etwas Gutem. Russische Einheiten besetzten die Krim. Ihr Mann verlor seine Anstellung an der Universität, eine Schwägerin musste die Halbinsel verlassen, weil sie nicht die russische Staatsbürgerschaft annehmen wollte. Gleichzeitig begann im Osten der Aufstand pro-russischer Separatisten, unterstützt von Russlands Armee. „Für uns“, sagt Lutz, „begann der Krieg 2014.“

Als Wladimir Putin ihn 2022 auf die gesamte Ukraine ausweitete, steht Lutz unter Schock: Sie habe in diesen Wochen nur drei oder vier Stunden täglich geschlafen, habe immer wieder Nachrichten geschaut, erzählt sie. Ihre 80-jährige Mutter, zu Besuch in Heidelberg, wollte zurück in die Ukraine – um dort zu kämpfen.

Eindrücklich schildert Lutz, was sie aus dem grenznahen Cherson erfahren hat: Bis Mai habe es Proteste gegeben, dann seien diese blutig niedergeschlagen worden. „Dann haben sie als Erstes die Telefonverbindung unterbrochen. Informationen wurden gesperrt, man konnte niemanden mehr erreichen.“

So beschloss Lutz, selbst ins besetzte Cherson zu fahren, um den Menschen zu

helfen. Der Asylarbeitskreis unterstützte sie beim Geldsammeln, nahm Kredite auf: Die Evakuierung einer Person kostete umgerechnet 1000 Euro.

In Cherson herrschte zu diesem Zeitpunkt Gewalt und Chaos. „Alle, die Ukrainisch sprachen oder ukrainische Flaggen besaßen, wurden festgenommen“, so Lutz. Die Existenz von Folterkellern sei allgemein bekannt gewesen. „Teils kamen die Soldaten bei Beschuss in die Bombenschutzkeller und holten die Männer heraus.“

In der Stadt leben derzeit nicht nur Einheimische, sondern auch Flüchtlinge aus dem Umland. „Ein benachbartes Dorf war zerstört worden“, so Lutz. „Die Leute waren in einer Schule untergebracht, die Lebensbedingungen schwierig.“ Zwölf Menschen brachte sie schließlich aus der Stadt – darunter ihre Mutter und einen Onkel, die beide medizinische Probleme hatten und unter dem Mangel an Medikamenten litten.

Auf der Rückreise, in Autos und Bussen, kamen sie durch ein vom Krieg verwüstetes Land: „Die Häuser am Straßenrand waren alle zerstört, überall.“ Weil der Weg durch die Front zu gefährlich war, mussten sie einen Umweg nehmen, durch Russland und Georgien. „Rund 40 Mal ka-

men wir an Straßensperren“, erzählt Lutz. „Immer wieder kamen Soldaten mit Waffen in den Bus, um uns zu kontrollieren. Manchmal mussten die Männer sich ausziehen.“ Dazu kamen die Vernehmungen: „Einmal wurde ich vier Stunden vom Geheimdienst vernommen“, so Lutz. „Immer wieder haben sie dieselben rhetorischen Fragen gestellt – etwa, ob mein Mann an der Front ist. Danach war ich durch.“

Ihr Handy hatte sie vorsorglich zuhause gelassen, stattdessen ein anderes Modell mitgenommen. Insgesamt, sagt sie, hätten die Gruppe 40 Stunden gebraucht – für eine Strecke, die in zehn Stunden zu bewältigen ist.

In Georgien war der Empfang dagegen freundlich. „Die Leute haben uns herzlich begrüßt und umarmt, uns Erfolg im Kampf gegen Russland gewünscht.“ Über Istanbul gelangten die Fliehenden schließlich nach Deutschland.

Nun sind sie im Westen, in Sicherheit. Zwei der zwölf Personen lebten bei ihr, so Lutz, die anderen seien verstreut, sechs von ihnen in Bulgarien. Noch sei nicht alles gut: Der Gesundheitszustand des Onkels etwa habe sich verschlechtert. Lutz ist dennoch kämpferisch: „Die ukrainische Seele“, sagt sie, „liegt in dem Gras, das aus dem Blut wächst.“

„Für uns begann der Krieg 2014“

„Die Häuser waren alle zerstört“

Selenskyj bricht den Burgfrieden

Offensichtlich will der ukrainische Präsident den Kiewer Bürgermeister Klitschko politisch kaltstellen

Von Andreas Stein

Kiew. Seit Beginn des russischen Einmarschs in die Ukraine vor neun Monaten galt in Kiew ein stillschweigend vereinbarter Burgfrieden. Solange die Armee von Kremlchef Wladimir Putin im Land steht, sollte innenpolitischer Zwist in den Hintergrund rücken und dort auch bleiben. Nun aber wurde dieser Konsens aufgekündigt – ausgerechnet von Präsident Wolodymyr Selenskyj. Der Ex-Schauspieler rügte öffentlich die Stadtverwaltung von Kiew unter Bürgermeister Vitali Klitschko, der seit seiner Box-Karriere auch in Deutschland sehr prominent ist.

Vorausgegangen war eine weitere russische Raketenattacke auf die Energieversorgungssysteme der Hauptstadt und anderer Orte. Dadurch kam es praktisch überall in der Ukraine zu massiven Stromausfällen, die nur langsam behoben werden. Selenskyj suchte sich jedoch allein die Hauptstadt für öffentliche Schelte aus. „Viele Kiewer waren über 20 oder sogar 30 Stunden ohne Strom“, bemängelte der Staatschef per Video. Er erwarte vom Rathaus eine bessere Arbeit. Ein Schlag gegen Klitschko.

In der Hauptstadt seien nach Tagen immer noch 600 000 Haushalte ohne Strom, sagte Selenskyj bei dem Auftritt am Freitagabend. Im schwarzen Kapuzenpullover verwies er auf ein von ihm persönlich angekündigtes Projekt, die „Punkte der Unbesiegbarkeit“. An diesen Stellen in der Stadt soll sich jeder wärmen und mit Strom und Internet versorgen können. „Faktisch sind nur diejenigen Punkte normal ausgestattet, die vom Katastrophenschutz und am Bahnhof auf-

gebaut wurden“, tadelte Selenskyj jedoch. Der Rest sei in miserablen Zustand.

Um seine Aussage zu belegen, schickte der 44-Jährige Abgeordnete seiner Partei „Diener des Volkes“ zum Heizstellen-Check. Fraktionschef David Arachamija rapportierte später, „die Stadtregierung den Crashtest nur mit ‚schlecht‘ bestanden und bisher keine Schlussfolgerungen gezogen.“ Zugleich lobte Arachamija das Management der ukrainischen Bahn: „Sie haben 200 ‚Waggons der Unbesiegbarkeit‘ geschaffen.“



2024 wird ein neuer Präsident gewählt: Selenskyj (l.) und Klitschko. Fotos: dpa

Da Klitschko in der Ukraine nur eingeschränkt medienwirksame Möglichkeiten zur Verteidigung hat, bediente sich der ehemalige Box-Weltmeister seiner Kontakte im Ausland. Über die „Bild am Sonntag“ rief der 51-Jährige seine Landsleute angesichts der russischen Invasion noch einmal zur Einigkeit auf. „Wir müssen weiter gemeinsam dafür sorgen, das Land zu verteidigen und die Infrastruktur zu schützen.“ Klitschko versicherte, dass es in der Stadt wieder Wasser und Heizung gebe. Nun gelte es, die Stromversorgung wieder herzustellen.

Dazu zeigte sich der 51-Jährige mit weißem Helm in einem der Heizkraftwerke von Kiew. Vor sowjetischen Armaturen schüttelte er Hände und bedankte sich bei den Mitarbeitern des Unternehmens Kyivteploenerho. „Mehr als 3000 Menschen haben Tag und Nacht dafür gearbeitet, damit wir sagen können, dass fast 98 Prozent der Häuser unserer Stadt mit Fernheizung versorgt sind“, sagte Klitschko. Am Sonntagmorgen dann die erlösende Nachricht: Fast überall wieder Strom.

Es ist nicht das erste Mal, dass Selenskyj und seine Administration gegen Klitschko schweres Geschütz in Stellung bringen. Bereits nach Selenskyjs Amtsantritt 2019 forderte der damalige Chef des Präsidentenbüros, Andrij Bohdan, den Rücktritt des Hauptstadtbürgermeisters, der seit 2014 im Amt ist. „Er hat die Kontrolle über die Situation in der Stadt im Verlaufe der letzten fünf Jahre verloren“, tönte Bohdan damals.

Damals galt fast als ausgemacht, dass Selenskyj Klitschko zumindest kaltstellen werde. So sollte das Amt des gewählten Bürgermeisters vom Posten des Chefs der Stadtverwaltung getrennt werden. Klitschko wäre damit zu einer Art Grüßaugust geworden. Doch es kam anders. Medienberichten zufolge gelang es Klitschko, über Kontakte zum Selenskyj-Vertrauten Andrij Jermak seine Degradierung zu verhindern.

Nach Meinung mancher Beobachter scheint Selenskyj nun einen zweiten Anlauf nehmen wollen, um Klitschko als potenziellen Gegner bei der 2024 anstehenden Präsidentschaftswahl auszuschalten. Allein: Bis dahin gilt es zum einen, den Krieg zu beenden. Und zum anderen, den Krieg zu überleben.

Hoffnung nicht nur für Venezuela

Regierung und Opposition unterzeichnen Teilabkommen

Mexiko-Stadt. (AFP) Nach einem 15-monatigen Stillstand der Verhandlungen haben Regierung und Opposition in Venezuela ein wichtiges Teilabkommen unterzeichnet. Vertreter beider Seiten unterschrieben die Vereinbarung über soziale Sicherheit am Samstag in Mexiko-Stadt. „Hoffnung für ganz Lateinamerika“ sieht darin der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard. In einer gemeinsamen Erklärung begrüßten die USA, die EU, Großbritannien und Kanada „die Entscheidung zur Wiederaufnahme des Dialogs“.

Das Teilabkommen sehe vor, alle Schritte zu unternehmen, um „legitime Gelder“ der Regierung Venezuelas freizugeben, die im „internationalen Finanzsystem eingefroren sind“, erklärte der norwegische Vermittler Dag Nylander. Das Geld solle in einen Fonds fließen, der für verschiedene soziale Projekte in dem südamerikanischen Land verwendet werden soll. Dazu gehörten etwa die Bereiche Bildung, Gesundheit und Hochwasserschutz. Die Vereinten Nationen sollen den Fonds demnach beaufsichtigen.

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro schrieb im Onlinedienst Twitter, das Abkommen öffne den Weg für ein neues Kapitel für sein Land, um den Frieden und das Wohlergehen aller Venezolaner voranzubringen. Die USA, die EU, Großbritannien und Kanada forderten Regierung und Opposition auf, „guten Willen“ hinsichtlich eines umfassenden Abkommens zu „freien und fairen Wahlen im Jahr 2024, der Wiederherstellung der demokratischen Institutionen und der Beendigung der humanitären Krise in Venezuela“ zu zeigen.